

Neudruck

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Politische und personelle Verantwortung für 100.000 fluglärm betroffene Bürger übernehmen - Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke in den Aufsichtsrat FBB

Bereits seit seiner Amtseinführung im August 2013 hat der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke, sich geweigert, in Angelegenheit „Aufsichtsrat FBB“ in Verbindung mit dem Großflughafen BER Verantwortung zu übernehmen. Er hat es von vornherein abgelehnt, Mitglied im Aufsichtsrat zu werden und hat dies an einen Staatssekretär delegiert. Bekanntermaßen hat dann das ganze Jahr 2014 über Herr Wowereit die Geschicke im BER so gelenkt, wie es insbesondere die Berliner Politik wollte.

Nach der Amtsübergabe des Berliner Regierenden Bürgermeisters Wowereit an Michael Müller im Dezember 2014 hat dieser zuerst erklärt, nicht in den Aufsichtsrat zu wollen. Dies hat die Brandenburger Politik darin bestärkt, ebenfalls Zurückhaltung zu üben und „sogenannte“ Experten in den Aufsichtsrat zu schicken.

Nunmehr hat der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, am 29.04.2015, einen Kehrtwende vollzogen und erklärt, den Aufsichtsratsvorsitz übernehmen zu wollen.

Dies offensichtlich insbesondere deshalb, weil der Berliner Politik der Kurs am Flughafen BER nicht passt. Die Fragen des Anwohnerschutzes spielen derzeit eine größere Rolle, seitdem Wowereit nicht mehr Aufsichtsratsvorsitzender des BER ist. Nun versucht Berlin, die Flughafenpolitik wieder in seine Richtung zu drängen, d.h.: „Großstadt-Flughafen BER - keine Rücksicht auf die Anwohner“ - denn Berlin sind die Anwohner im Land Brandenburg wohl egal.

Aus diesem Grunde muss der Ministerpräsident des Landes Brandenburg seine Zurückhaltung aufgeben und in den BER-Aufsichtsrat eintreten, um die Interessen des Landes Brandenburg und insbesondere der Anwohnerinnen und Anwohner des BER zu wahren. Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg kann nicht die Verantwortung für 100.000 vom Fluglärm Betroffene ignorieren und an Dritte delegieren. Die zukünftig vom Fluglärm des BER Betroffenen erwarten, dass Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke ihre Interessen vertritt, wie eine Umfrage von BVB / FREIE WÄHLER unter den Bürgerinitiativen ergab.

Der Ministerpräsident ist die führende Repräsentationsfigur des Landes Brandenburg mit Richtlinienkompetenz. Er muss in diesem wichtigen Projekt die Fäden in der Hand haben, um die Interessen des Landes und der Brandenburger zu wahren. Eine Vertretung selbst durch einen erfahrenen Staatssekretär ist nicht adäquat. Fühlt sich der Ministerpräsident fachlich nicht in der Lage diese Aufgabe allein wahrzunehmen, muss er sich Experten an seine Seite holen, die ihn beraten.

Aus diesem Grunde möge der Landtag beschließen:

Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg wird aufgefordert, in den Aufsichtsrat der FBB einzutreten.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe